

Standpunkte

1. Mein Anspruch an die Politik gründet sich im wesentlichen auf drei Forderungen:

- Unangenehme und schwierige Themen dürfen nicht aus Angst vor den Wählerinnen und Wählern verdrängt werden. Lügen haben kurze Beine.
- Politiker müssen sich den Alltagssorgen und Problemen der Menschen stellen.
- Politiker müssen Visionen entwickeln und weit nach vorn denken. Das darf aber nicht zur Flucht aus der Realität führen.

2. Soziale Gerechtigkeit

Den Schwachen in der Gesellschaft gehört meine Solidarität. Es ist ungerecht, dass immer mehr "Besserverdienende" sich aus dem Solidarverbund der gesetzlichen Krankenkassen entziehen, weniger Beiträge bezahlen und dafür noch bessere Leistungen erhalten.

Meine Forderung: finanzielle Unterstützung der gesetzlichen durch private Krankenkassen

3. Arbeit statt Arbeitslosigkeit finanzieren

Die Schaffung neuer Arbeitsplätze wollen alle, konkret handeln, tun dafür wenige.

Deshalb:

Der Schwerpunkt der Arbeitsmarktpolitik muss auf den ersten Arbeitsmarkt (Investitionen) gelegt werden. Arbeitbeschaffungsmaßnahmen sind längerfristig nicht zu finanzieren und haben nur bedingt positive Auswirkungen auf den regulären Arbeitsmarkt.

Weiterhin ist die Bereitstellung von Risikokapital für klein- und mittelständige Unternehmen notwendig. Hier sollte die Kreditvergabe auch auf der Grundlage vorhandener Aufträge erfolgen und nicht nur auf vorhandenem Besitz gegründet werden, der meist nicht vorhanden ist.

Trotz Haushaltszwängen dürfen keine Kürzungen im Bildungsbereich vorgenommen werden, denn Kinder sind unser Kapital von morgen. Ihnen umfassende Ausbildungsmöglichkeiten zu sichern, ist die beste Vorbeugung gegen Jugendkriminalität und sichert den Einstieg ins Berufsleben

4. Senkung der Personalkosten im öffentlichen Bereich

Es ist fatal, dass wir von 16 Milliarden DM Steuereinnahmen 14 Milliarden DM für Personalkosten ausgeben. Um betriebsbedingte Kündigungen zu vermeiden, ist z.B. folgendes notwendig:

- Verbeamtungen im öffentlichen Dienst nur noch für Polizei und Justiz
- vorzeitige Pensionierung von Beamten nur noch im Krankheitsfall, jedoch mit Pensionsverzicht
- Ausgliederung von nicht zwingend benötigten Bereich, wie z.B. Planungsabteilungen, Baubetreuungen, u.ä.
- Arbeitsteilzeit

5. Brief an einen Bürger betreffs Zusammenarbeit mit der PDS

... Nehmen Sie mir bitte ab, dass ich für Ihre Probleme mit der SED-Diktatur volles Verständnis habe. Aus diesem Grund habe ich im Herbst 1989 begonnen, mich politisch zu betätigen, um die SED und ihre Machtapparate zu zerschlagen und mich für die Wiedervereinigung meines deutschen Vaterlandes zu engagieren. Meine Schwester und die meisten meiner Familienangehörigen waren seit dem 13.08.1961 West-Berliner. Über 10 Jahre hinweg habe ich die PDS bekämpft und als meinen politischen Hauptgegner angesehen. Allerdings, und das ist das Ergebnis meiner ganz persönlichen

Analyse, mit relativ bescheidenem Erfolg. Der Stimmenanteil der SPD hat sich in Ost-Berlin fast halbiert, die PDS wurde dagegen von fast 40% der Bevölkerung gewählt.

Wenn man nun die gegenwärtige politische Situation ganz nüchtern betrachtet - sofern das überhaupt gelingt - sage auch ich, dass derzeit mit dieser korrupten und verfilzten Berliner CDU eine Zusammenarbeit in einer Koalition nicht möglich ist. Verstehen Sie mich hier nicht falsch. Natürlich stehen wir als Sozialdemokraten voll zu unserer Verantwortung in der großen Koalition. Und das mit gutem Grund, denn im Großen und Ganzen haben wir in den vergangenen 10 Jahren gute Arbeit geleistet.

In welchem Teil Deutschlands waren die Probleme von Ost und West so dicht beieinander (Infrastruktur, Lohnniveau, Wohnverhältnisse usw.) wie hier in Berlin? Nur wer an diesem Zusammenwachsen mitgearbeitet hat und sich ständig gegen Missgunst und Neid auseinander zusetzen hatte, kann ein Lied davon singen.

Aber wie tief muss eine Partei im Sumpf versunken sein, wenn sie jemanden stützt, der Parteispenden gegen alle Gesetze nach Gutsherrenart verteilt. Ferner Millionenkredite trotz Warnungen der Berliner Landesbank an Parteifreunde vergibt und als Belohnung noch im Mai 2001 zum stellvertretenden Landesvorsitzenden und das mit überwältigendem Ergebnis gewählt wird? Da fehlt mir auch jedes Verständnis.

Nicht zuletzt trägt der ehemalige CDU-Fraktionsvorsitzende Landowski die finanzielle Verantwortung als Vorstandsvorsitzender der Berlin Hyp, deren fatale Immobiliengeschäfte dem Steuerzahler gerade 6000 Millionen DM gekostet hat. Solange dem Aufsichtsrat – und dort sitzen natürlich auch die SPD-Vertreter - nicht zuletzt durch Wirtschaftsprüfer attestiert wird, die Welt sei im Großen und Ganzen in Ordnung', sind die Einflussmöglichkeiten begrenzt. Anders gesagt: Wenn ein Wirtschaftsprüfer nicht unabhängig ist, sondern auch sonst für denjenigen, der überprüft wird, tätig ist - was vorher nicht bekannt war -, dann ist man nun einmal getäuscht worden, so wie hier der Aufsichtsrat.

Und nun versetzen Sie sich in meine Position. Abgesehen davon, dass der Wähler die politische Richtung vorgibt, was soll ich meinem Kreisverband empfehlen? Wie soll ich mich im Berliner Abgeordnetenhaus verhalten? Kneifen, würde der Berliner sagen, ist nicht mein Ding. Das würde nämlich heißen, wir gehen in die Opposition und lassen die anderen machen. Und trotzdem haben Sie Recht, denn gerade jetzt zum 40. Jahrestag des Mauerbaues werden alte Unrechtstaten dieser SED-Chargen wieder ins Bewusstsein geholt und das ist auch gut so. Vergessen darf man nie!